



Politiker im Europaparlament erlebt

Zeitung in der Schule Die elfte Klasse der Freien Waldorfschule hat eine Fahrt zum Europaparlament nach Straßburg unternommen und berichtet im SchwäPo-Projekt „ZIS“ darüber.

Aalen/ Straßburg

Die elfte Klasse der Freien Waldorfschule Aalen war im Europaparlament in Straßburg. Organisatorisch wurde das Projekt von der EP-Abgeordneten Dr. Ingeborg Gräßle und ihrem Büro maßgeblich unterstützt.

Im Geschichtsunterricht waren die Historie und die Institutionen der EU ein Thema sowie die aktuellen großen Debatten und Auseinandersetzungen innerhalb der Staatengemeinschaft. Im Deutschunterricht hatten die Schülerinnen und Schüler Techniken der Interviewführung und -bearbeitung kennengelernt und trainiert. Das mehrwöchige Projekt war eingebettet in die Aktion der SchwäPo „Zeitung in der Schule“ (ZIS).

Am einem Dienstag um 8 Uhr ging es los. Die 17 Jugendlichen der Waldorfschule fuhren mit zwei Lehrkräften, Ann-Kathrin Herkommer und Dr. Rainer Wiese, mit dem Bus in Richtung Frankreich. Das kompakte Programm in Straßburg begann mit einer kurzen Stadtführung. Am frühen Nachmittag folgten der Empfang und eine informative Führung im Parlamentsgebäude durch eine Assistentin von Ingeborg Gräßle, Lena Kümmel aus Aalen.

Der Kick für die Gruppe: Sie galt offiziell als Mediengruppe und hatte dadurch Zugang zu fast allen Bereichen des Parlaments. Wichtigster Programmpunkt am ersten Tag war das ausführliche Gespräch mit Ingeborg Gräßle, in dessen Verlauf auch das erste Interview entstand.

Am nächsten Morgen ab 8.30 Uhr folgte die Fortsetzung des Programms im Parlament. Dazu



Die elfte Klasse der Freien Waldorfschule Aalen wurde von Dr. Ingeborg Gräßle (links, erste Reihe) und in ihrem Team im Europaparlament in Straßburg bestens betreut.

Foto: Mathieu Cugnot

zählten ein Gespräch mit dem deutschen Pressesprecher der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei) sowie eine Stunde im Besucherrang des Plenums. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte hielt eine ausführliche Rede über die Zukunft der EU. Die Gruppe hatte noch Gelegenheit, die teilweise

sehr heftigen Reaktionen von Abgeordneten nach den skeptischen Ausführungen Ruttes zu beobachten. Nach dem Mittagessen in der formidablen Kantine des Parlaments war der zweite Höhepunkt des Besuches angesagt: drei Interviews – und zwar mit den Abgeordneten Herbert Dorfmann aus Südtirol/Italien,

mit Andrey Kovatchev aus Bulgarien und mit Tomas Zdechovský aus Tschechien. Ein Stadtbummel und eine Bootsfahrt durch die Altstadt und das Europaviertel rundeten das Programm ab.

Im Fazit hat die Klasse sehr viel über Straßburg, aber vor allem über die Organisation und

Arbeitsweise des Europäischen Parlaments gelernt. Eine große und interessante Erfahrung war es auch, die Politikerinnen und Politiker näher kennenzulernen, die im Alltag der jungen Leute sonst weniger präsent sind.

Text: Thorsten M. Edelmann, Liam O. Bezler, Claudio C. Riedel, Freie Waldorfschule Aalen

Junge Leute recherchieren in Straßburg

ZIS-Projekt Elftklässler der Freien Waldorfschule Aalen zeigen, wie das SchwäPo-Projekt perfekt funktioniert.

Aalen. Einige Wochen lang kostenlos die Schwäbische Post lesen, journalistische Darstellungsformen kennenlernen und dann selber in die Fußstapfen von Redakteurinnen und Redakteuren treten: Mit diesem Programm haben sich die Elftklässler der Freien Waldorfschule Aalen und ihr Lehrer Dr. Rainer Wiese am SchwäPo-Projekt „Zeitung in der Schule“ (ZIS) beteiligt.

Dass die Jugendlichen das Erlernete kurz vor den Sommerferien, während eines Besuchs im Europaparlament (EP) in Straßburg, in die Praxis umsetzen konnten, war für sie ein Glücksfall. Davon profitieren können aber nun auch Sie, die Leserinnen und Leser der Schwäbischen Post. Denn die Elftklässler haben in Interviews mit EP-Abgeordneten durchweg Wissenswertes erfahren. Eine interessante Lektüre für Sie! Cordula Weinke



Der EP-Abgeordnete Tomas Sdechovski (rechts) im Gespräch mit Leonard Waldecker (links) und Sebastian Wunderle. Foto: ZIS

Angst vor Menschen, die anders sind

Integration Der tschechische Abgeordnete Tomas Sdechovski spricht über die Flüchtlingspolitik in seinem Land.

Straßburg. Während des Besuchs im Europaparlament hatten die Elftklässler der Freien Waldorfschule Aalen die Möglichkeit, mit verschiedenen Abgeordneten zu sprechen. Die Schülerin Sina Mayer befragte den tschechischen EP-Abgeordneten Tomas Sdechovski nach der Flüchtlingspolitik seines Landes.

Sina: Warum will Tschechien so gut wie keine Flüchtlinge aufnehmen? Tomas Sdechovski: Das ist ein historisches Problem. Wir sind ein Land mit sehr vielen Traditionen – wie auch Bayern oder Österreich. In Tschechien leben sehr viele Leute aus Jugoslawien und wir haben mit diesen Leuten

kein Problem. Wir haben mehr als 200 000 Menschen aus der Ukraine, wir haben viele Vietnamesen. Sie sind integriert, aber wir haben Angst, was von den Menschen aus Afrika kommt, weil sie anders sind. Und wir haben Angst, dass sie nicht wie die Tschechen leben wollen. Die Leute haben Angst, dass wir unsere Kultur eintauschen oder ändern.

Die Tschechen wollen nicht die Politik und die Kultur der Flüchtlinge. Unser Präsident ist gegen alle Migrationen, gegen alle Flüchtlinge und er möchte eine neue Grenze zwischen den Ländern. 2,5 Millionen Leute stimmen für ihn.

Die Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Welthandel Aalener Schüler sprechen mit dem bulgarischen MEP Andrey Kovatchev.

Straßburg. Der Bulgare Andrey Kovatchev ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Ihn befragten Simon Funk, Leonard Waldecker, Paul Weber, Sebastian Wunderle.

Paul: Hat Europa den nötigen Zusammenhalt, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen?

Andrey Kovatchev: Eine gemeinsame europäische Lösung ist effektiver als jede einzelne nationale Lösung. Die Flüchtlingswelle kann nur gemeinsam gelöst werden. Ich bin überzeugt, dass wir es nur zusammen schaffen und nicht jeder Nationalstaat für sich allein. Deswegen ist es wichtig, dass es zu einer solidarischen Lösung kommt. Die südlichen Länder wie Italien, Spanien, Griechenland, aber auch Bulgarien dürfen sich nicht benachteiligt oder im Stich gelassen fühlen. Um die Flüchtlinge in alle Länder Europas fair aufzuteilen, muss das Dublin-System in Kraft gesetzt werden. Die Flüchtlinge müssen nach den Möglichkeiten der Länder verteilt werden. Wenn die Ursprünge der Flüchtlingswelle nicht bewältigt werden, kommen immer weiter noch mehr Menschen zu uns nach Europa.

Leonard: Was sagen Sie dazu, dass die Benzinpreise europaweit so stark steigen?

Wir sind jetzt mit der technologischen Entwicklung so weit, dass wir neue Modelle von Automobilen entwickeln wie Elektroautos, aber auch Brennzellenautos oder Wasserstoffautos. Das wird unsere Abhängigkeit vom Erdöl verringern. Ein großer Teil des Benzinpreises ist aber die Mineralölsteuer, die der Staat kassiert und womit der



MEP Kovatchev im Gespräch mit Ringo Funk (von li.), Laura Sauter, Benjamin Scherr und Sina Mayer.



Die Jugendlichen aus Aalen hören aufmerksam im Europaparlament zu: (von links) Simon Funk, Andrea Schweizer, Amelie Walter, Anna Maile und Paul Weber. Fotos: ZIS

Staat natürlich auch viele Aufgaben finanziert, zum Beispiel Straßen zu bauen und Straßen zu reparieren.

Sebastian: Was halten Sie von der aktuellen Klimapolitik in Deutschland?

Deutschland ist ein wegweisendes Land in der Europäischen Union. Deutschland hat sogar den Atomausstieg gewagt und hat die Gesellschaft für Wind-, Sonnen- und Wasserenergie motiviert. Aber es gibt auch das sehr schwierige Thema Kohlebergbau, was sehr umstritten ist.

Langsam muss man in Deutschland umdenken, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Also, ich finde die deutsche Klima- und Energiepolitik vernünftig, aber auch sehr schwierig.

Simon: Wo müssen jetzt die wirtschaftspolitischen Akzente für Bulgarien, aber auch für die Europäische Union gesetzt werden?

Die Europäische Union muss ihre Wettbewerbsfähigkeit behalten. Andere Regionen wie China, Indien, Südostasien, Südamerika entwickeln sich auch und investieren in innovative

Produkte und Dienstleistungen. Das müssen wir auch tun. Damit wir konkurrenzfähig bleiben, ist es wichtig, dass die Europäische Union jetzt Handelsverträge mit verschiedenen Teilen der Welt aushandelt. Wir haben schon so einen Vertrag mit Japan, Singapur, Australien, Neuseeland und noch zehn anderen Ländern der Welt. Die EU wird also ihre Standards in den Welthandel einsetzen. Und wenn sich die USA vom Multilateralismus oder dem Welthandel zurückzieht, ist es die Aufgabe der EU, diese Lücke zu schließen.